Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Einzelnummer 15 Pf. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtl. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 1418, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden b. 8gespalt. 34mm br. Millimeterzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigenexpeditionen angenommen. Reklamen die 92mm br. Millimeterzeile 60 Pf. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abds. 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Lieferungs-Geschäftsstelle: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52

Nr. 411. Halle, Mittwoch, den 3. September. **1919.**

Ebert und Noske auf der Leipziger Messe.

WTB. **Leipzig**, 2. Septbr. Reichspräsident Ebert und Reichswehrminister Noske sind heute vormittag ½11 Uhr zum Besuche der Leipziger Mustermesse im Sonderzug von Dresden kommend, hier eingetroffen. Reichswirtschaftsminister Schmidt weilt bereits seit gestern in Leipzig. Der Reichspräsident und der Reichswehrminister wurden am Bahnhof vom Oberbürgermeister Dr Rothe und den Vertretern des Meßamtes empfangen und sodann im Automobil nach dem Meßamt geleitet, wo offizielle Begrüßung stattfand. Der Oberbürgermeister wies in seiner Ansprache darauf hin, daß die Bedeutung der Messe für die deutsche Volkswirtschaft zu keiner Zeit größer gewesen sei als jetzt. Wegen des

Mangels an Kohlen

könnten leider die Meßindustrien zurzeit nicht so arbeiten, wie es wünschenswert wäre. Sobald aber dieser Mangel einmal abgestellt sei, werde Leipzig für den Exporthandel eine allererste Rolle spielen. Der Aufschwung, den die Messe genommen habe, zeige sich besonders in der Besucherzahl, die von durchschnittlich 4000 vor dem Kriege

auf über 9000 Aussteller gestiegen

sei, während die Zahl der Einkäufer auf über 80 000 angewachsen sei. Der Besuch des Herrn Reichspräsidenten sei als ein Beweis dafür aufzufassen, daß die Regierung die Bedeutung der Messe einzuschätzen wisse. Eine große Gefahr für die Gesamtheit bedeute die Zersplitterung des Messewesens, die von einigen Seiten angestrebt werde.

Reichspräsident Ebert

hob in seiner Erwiderung hervor, daß er gern und freudig der Einladung gefolgt sei, nicht nur deshalb, weil damit seinem Herzenswunsche entsprochen wurde, sondern weil er diesen Besuch als eine Ehrenpflicht angesehen habe angesichts der Bedeutung der Leipziger Mustermesse. Er freue sich, daß man in Leipzig gleich nach dem Zusammenbruche wieder an die Arbeit gegangen sei, die nicht nur der inneren Wirtschaft, sondern

auch dem Welthandel gelte.

Da die Arbeit die Quelle aller Kultur sei, so werde die Welt bald wieder erkennen, was Deutschland in kultureller Hinsicht zu leisten vermöge. Die Welt werde aber auch erkennen, daß sie die deutsche Industrie und der deutschen Handel nicht entbehren könne. Sie werde einsehen, daß es eine Torheit sei, den Versuch zu machen, Deutschland von friedlicher Mitarbeit auszuschalten. Von allen Hemmnissen, die sich unserem Aufbau entgegenstellten, müßten wir

vor allem eines überwinden lernen, nämlich die Verzagtheit,

die sich noch in weiten Kreisen geltend mache. Gelinge uns dies, dann könnten wir getrosten Schrittes weitermarschieren. Der Reichspräsident fand mit seinen in sehr energischem Tone gesprochenen Ausführungen den lebhaften Beifall der Anwesenden.

Der Direktor des Meßamtes, Dr. Köhler, gab sodann einen geschichtlichen Ueberblick über die Messe.

Darauf sprach Geheimer Kommerzienrat Rosenthal. Ein Rundgang durch die Meßhäuser werde dem Reichspräsidenten und den anderen Gästen zeigen, daß die auf der Messe vertretenen großen Industrien einen bedeutenden Aufstieg genommen haben. Der Export habe großen Anteil an der Meßindustrie. Der Minister des Innern, Uhlig, brachte das Bedauern des sächsischen Ministerpräsidenten zum Ausdruck, nicht selbst erscheinen zu können, und übermittelte Gruß und Glückwunsch der sächsischen Regierung.

Darauf wurde Reichspräsident Ebert durch die Meßhäuser geführt. Hierbei wurden besucht die Meßausstellungshalle am Markt, der Handelshof, der Zentralmeßpalast, Speds Hof, sowie die Dresdener Bank u. a. Nach dem Rundgang soll in der „Harmonie" ein Frühstück eingenommen werden.

Empfang der Ausländer.

Eine Rede des Reichswirtschaftsministers Schmidt.

WTB. **Leipzig**, 2. Sept. Die Meßbesucher aus Schweden, Norwegen, Dänemark und Finnland hatten sich am Montag abend mit den Vertretern des Meßamts und der deutschen Behörden im großen Saale des kaufmännischen Vereinshauses zur gemeinsamen Aussprache zusammengefunden. Nahezu 300 Kaufleute aus den nordischen Kreisen hatten der Einladung Folge geleistet. Von der Reichsregierung waren unter anderem Reichswirtschaftsminister Schmidt, Ministerialdirektor Müller, Geheimer Oberregierungsrat Flach, Legationsrat Markwald vom Auswärtigen Amt und Oberregierungsrat Haaselan anwesend. Außerdem waren der norwegische Konsul Kürsten, der dänische Vizekonsul Christensen, der dänische Konsul Jan und mehrere Pressevertreter aus den nordischen Staaten neben einer Reihe von weiteren Ehrengästen zugegen.

Der Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, Dr. Rothe, Vorsitzender des Aufsichtsrats des Meßamts, begrüßte mit herzlichen Worten die Erschienenen und bezeichnete als Zweck des skandinavischen Abends, einen gemeinsamen Gedankenaustausch herbeizuführen, der das gegenseitige Verständnis fördern solle. Die Wünsche der ausländischen Meßbesucher wolle man entgegennehmen, um ihnen in weitestem Maße Rechnung zu tragen.

Reichswirtschaftsminister Schmidt richtete eine längere Ansprache an die Versammelten, in der er zunächst seiner Freude über den starken Besuch aus den nordischen Ländern zur Messe Ausdruck gab. Er wies darauf hin, daß Deutschland

immer in enger Freundschaft mit den nordischen Staaten gelebt

habe. Wenn der Krieg Verstimmungen gegen Deutschland habe aufkommen lassen, so sei er überzeugt, daß die alten freundschaftlichen Beziehungen wieder ihre alte Festigkeit erhalten würden. Deutschland wünsche in einem gut in Verhältnis zu allen Völkern zu leben. Trotz aller Nöte, die über das deutsche Volk hereingebrochen seien, habe es den Willen,

durch fleißige Arbeit sich wieder emporzuarbeiten

und mitzuhelfen, den Weg zum Aufstieg aller europäischen Völker zu bahnen. Jedes Volk in Europa habe unter der Last des Krieges leiden müssen, auch die nordischen Staaten. Wenn aber alle Völker jetzt gemeinsam ans Werk gehen, dann werden wir alle zur kulturellen und wirtschaftlichen Wohlfahrt gelangen. Jedes Volk, das dieses Ziel erstrebt, muß hinaus auf den Weltmarkt. Es freue ihn, wenn aus dem Auslande Besucher kommen, damit sie sehen, daß deutscher Fleiß, deutsche Energie und Erfindungsgabe noch lebendig sind, und daß man

die Lebensfähigkeit Deutschlands nicht in Zweifel ziehen

darf. Die Rede des Reichswirtschaftsministers, die von einem wohltuenden Optimismus getragen war, fand lauten Beifall.

Ein dänischer Kaufmann sprach den Dank seiner Landsleute für die gastliche Aufnahme aus.

Im gleichen Sinne sprachen sich noch mehrere Vertreter der nordischen Staaten aus.

Geheimer Kommerzienrat Rosenthal-Selb in Bayern sprach namens der Zentralstelle für die Interessenten der Leipziger Mustermesse und dankte für die anerkennenden Worte, die man der deutschen Industrie gezollt habe. Er forderte die Industriellen der skandinavischen Länder auf, noch mehr als bisher die Leipziger Messe auch als Aussteller zu besuchen, damit die Internationalisierung der Messe weiter fortschreite.

Endlich Klarheit über die Gefangenenfrage?

Die in englischer Hand in Frankreich befindlichen Gefangenen kehren zurück.

WTB. **Berlin**, 2. Sept. (Drahtnachricht.) **Die Reichszentralstelle für deutsche Kriegs- und Zivilgefangene gibt bekannt, daß der Transport der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen aus englischer Hand in Frankreich nunmehr begonnen hat. Es sind in den letzten drei Tagen täglich 1000 Mann übernommen. Von morgen ab werden voraussichtlich täglich 3000 Mann über Köln eintreffen. Die Angehörigen von Kriegsgefangenen, die sich in englischer Hand in Frankreich befinden, tun gut, ihre Paket- und Geldsendungen einzustellen.**

Wieder 1000 Kriegsgefangene eingetroffen.

WTB. **Köln**, 2. Sept. In der vergangenen Nacht sind wieder 1000 unverwundete deutsche Kriegsgefangene aus englischen Gefangenenlagern in Nordfrankreich hier eingetroffen.

WTB. **Versailles**, 2. Sept. Der Oberste Rat der Alliierten beschäftigte sich in der gestrigen Sitzung mit gewissen Ausführungsmaßnahmen betreffend den Rücktransport von deutschen Kriegsgefangenen.

Kabinettbildung Heinrich gescheitert.

Budapest, 2. Sept. (Drahtnachricht.) **Ung. Korr.-Bureau.) Der Versuch des Handelsministers Heinrich, ein Kabinett zu bilden, in welchem alle Parteien, auch die Sozialdemokraten, vertreten gewesen wären, ist insbesondere wegen der maßlosen Forderungen der Lovaszischen Unabhängigkeitspartei gescheitert. In einer in der Christlichen Nationalpartei gehaltenen Rede erklärte der Ministerpräsident Friedrich, die Ereignisse der jüngsten Tage hätten die politische Lage in Ungarn endlich geklärt. Das Ergebnis der Wahlen, welche die Regierung am 9. d. M. durchzuführen gedenke, würde ruhig abgewartet werden.**

Bandenkämpfe in Oberschlesien.

WTB. **Breslau**, 2. Septbr. (Drahtnachricht.) **Das Generalkommando des 6. Armeekorps teilt mit: Bobrowitz wurde in der Nacht vom 1. zum 2. September abermals von Banden erfolglos angegriffen. Bandenkämpfe südwestlich Nikkerum und nordöstlich von Beuthen wurden abgewiesen. Bei Erbs passierten heute 400 aus polnischer Gefangenschaft zurückkehrende Deutsche die Grenze, darunter die beim Aufstand in Oberschlesien verschleppten Militär- und Zivilpersonen sowie 45 Kriegsgefangene aus russischer Gefangenschaft.**

Die Vorarlberger Frage unentschieden.

Basel, 2. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) **Aus Paris melden die „Baseler Nachrichten": Der Antrag der Gebietskommission zugunsten des Anschlusses Vorarlbergs an die Schweiz unter Zustimmung von Deutsch-Oesterreich und des Völkerbundes wurde vom Fünferrat abgewiesen. Die Vorarlberger Frage bleibt also vorläufig unentschieden.**

Lloyd George am Ende?

London, Ende August. (Indirekt.)

Wenn man Lloyd George in irgend einer Rede hört, so sollte man glauben, daß abgesehen von der Auseinandersetzung mit dem wirtschaftlichen Dreibund (Transport-, Bergarbeiter- und Seemannsverband) alles eitel Sonnenschein ist. Kein Staatsmann hat es in der Tat so gut verstanden, über heikle Themata so viele pompöse Worte ohne Inhalt zu sagen und so ausgedehnte Reden ohne positive Grundlagen zu halten. Seine elastischen Reden, die auf den ersten Blick niemand verletzen und jedermann gefallen, halten einer eingehenden Kritik nicht stand, und so kommt es, daß letzten Endes niemand, weder in England noch im Ausland, mit Lloyd Georges Politik einverstanden ist. In England hat es der erste Minister mit den Arbeitern, den Liberalen und den Konservativen verdorben. Die Arbeiter mißtrauen seinen demagogischen Redensarten, die Liberalen ärgern sich über seine mit einem liberalen Mäntlchen drapierten Reden, während er in Wirklichkeit den Nationalismus poussiert und die Konservativen endlich wittern in ihm nicht mit Unrecht den Umfallskandidaten, der heute Hosianna ruft und morgen Crucifige. Die Arbeiter entrüsten sich, daß er den Schiedsspruch des Richters Sankey in den Fragen des Tarifs, der Arbeitszeit und der Verstaatlichung nicht anerkennen will, und die Unionisten, deren Kandidat Chamberlain durch Churchill, den Busenfreund Lloyd Georges, ersetzt werden soll, bereiten sich darauf vor, den Premierminister durch die Person Sir Robert Cecils in die Grube zu stürzen, die er für seine Koalitionsfreunde in aller Stille gegraben hat. Denn Lloyd George fühlt sich in der Umgebung Balfours und Bonar Laws nicht wohl, er möchte zu den alten Traditionen, die ihn in der Aera Asquith großgemacht, zurück, aber er weiß nicht, wie er den Anschluß und den Glanz der alten Partei, die auf den inzwischen abgeschafften Freihandel eingeschworen war, wiederherstellen soll.

In der auswärtigen Politik hageln die Vorwürfe von allen Seiten auf ihn herab. Man verwünscht seine geheime Kabinettspolitik, bei der das früher allmächtige Parlament nur das Kasperle spielt, man fürchtet seine Desperadopolitik, und man sieht den Tag kommen, wo das Prestige Englands, des Beschützers der kleinen Staaten, durch die unverblümte Politik der Annexionen und Interventionen als Lug und Trug aufgedeckt wird, während man auf ewige Zeiten hinaus die Rolle des guten europäischen Familienpapas spielen möchte. Jetzt schon meldeten sich aus Amerika Stimmen, die von einem Völkerbund nach Lloyd Georgeschem Rezept nichts wissen wollen, wenn er nur dazu dient, John Bulls rundlichen Bauch noch rundlicher zu machen. Auch in Frankreich wird man stutzig über Englands aktive Politik der stillschweigenden Einverleibung und über die passive Politik Lloyd Georges hinsichtlich der Rechtfertigung dieses Aktivismus. Man hatte gehofft, daß Lloyd George über die gemeinsame Aufstellung der Welt ein festumrissenes Programm entwickeln würde, und staunt, nun verwischene Redensarten zu hören, die alles und nichts besagen. Frankreich staunt — sit venia verbo — mit offenem Munde und fühlt sich hintergangen. Sehr deutlich betont das Pertinax im „Echo de Paris", wenn er sagt, daß die letzte Unterhausrede im allgemeinen unklar sei. Sie sage nichts von Irland (!), nichts Bestimmtes über die britische Politik in der asiatischen Türkei, eine Frage, die von einschneidender Bedeutung sei für die Gestaltung der französisch-englischen Beziehungen, und endlich lasse sie nichts verlauten über die britische Wirtschaftspolitik. Pertinax fragt, ob die staatliche Aufsicht über Produktion, Verbrauch und Umlauf fortgesetzt werden soll, ob England die Schutzzollmauer stehen lassen oder ob es den Protektionismus durch Handelsverträge mildern will. Pertinax meint dann, daß die zu behandelnden Probleme in der jetzigen schwierigen Zeit einen ausgesprochen technischen Charakter angenommen haben und daß das Fehlen von Fachmännern in den hohen Staatsstellen besonders bedauernswert sei. In politischen Dingen leide Lloyd George an Einbildung und Selbstbeweihräucherung. „Wenn er sich nicht hört, so ist ihm nicht wohl." Das einzige Mittel, sich seine Popularität zu erhalten, wäre die Befragung von Sachverständigen und die Ueberwindung der Furcht, als ob jene seine eigenen Pläne umstoßen könnten. Auch die „Humanité" möchte in der persischen und irischen Frage, sowohl wie in der estnischen Offensive gegen Petrograd klar lassen. Solange es noch etwas zu „beschützen" gibt, kümmert man sich in England offiziell nicht um den Völkerbund, nach dem Frankreich und Wilson schreien, seitdem sie sich als die „Lockerten" vorkommen. Erst wenn Englands Appetit gesättigt ist und es die schönsten Rosinen vor Beginn des Völkerbund-Kaffeekränzchens verspeist hat, wird es gegen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190903016/fragment/page=0001

den Völkerbund nichts einwenden, unter der Bedingung freilich, daß John Bull das Recht verbleibt, als fürsorglicher Onkel Doktor dafür zu sorgen, daß sich seine Patienten an dem verbleibenden kärglichen Rest der Mahlzeit nicht den Magen verderben.

Die polnische Regierung zur oberschlesischen Frage.

Berlin, 2. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Ueber die Stellungnahme der polnischen Regierung zur oberschlesischen Frage erfahren wir von einer maßgeblichen polnischen Persönlichkeit: Die Stimmung der polnischen Bevölkerung Oberschlesiens gegen die Deutschen ist wegen verschiedentlicher Uebergriffe deutscher Truppen in Oberschlesien sehr erregt. Dennoch steht die polnische Regierung auf dem Standpunkt, daß nichts getan werden dürfe, was dem Friedensvertrag zuwiderläuft. Dieser Ansicht gab auch Paderewski in den letzten Tagen dadurch öffentlich Ausdruck, daß er in Warschau während einer Ansprache an die Volksmenge erklärte, daß kein Angriff polnischer Truppen gegen Oberschlesien stattfinden werde. Es läßt sich jedoch nicht leugnen, daß die deutsch-polnischen Beziehungen sehr gespannt sind. Deshalb ist man auch in maßgebenden polnischen Kreisen der Ansicht, eine vorzeitige Besetzung Oberschlesiens werde sich nicht vermeiden lassen. Eine solche Besetzung würde jedoch von Ententetruppen und nicht von Hallertruppen ausgeführt werden. Verhandlungen über die Besetzungsfrage zwischen der polnischen und den Ententeregierungen fanden bis jetzt noch nicht statt.

Aufstand in Albanien.

WTB. **Wien, 2. Sept. (Drahtnachricht.) Dem Südslawischen Preßbureau in Belgrad zufolge meldet „Politica“ aus Podgorica: Aus Sotrani und Durazza treffen Meldungen ein, denen zufolge sich die Stämme Klementi, Zastrati und Hoti in Albanien gegen die italienischen Truppen der besetzten Gebiete erhoben haben. Aus mehreren Gegenden werden Massakers von Italienern gemeldet. Die geschlagenen italienischen Garnisonen ziehen sich gegen Elbassan, Durazzo und Valona zurück.**

Abtrennungsbestrebungen in Saarbrücken?

WTB. **Berlin, 2. Sept.** Die „Deutsche Allgem. Ztg.“ schreibt: Ein Berliner Mittagsblatt hatte heute gemeldet, die Stadt Saarbrücken habe dem Präsidenten Poincaré eine Denkschrift überreichen lassen, die für einen engeren wirtschaftlichen Anschluß Saarbrückens an Frankreich eintrete. Die Nachricht ist in dieser Fassung falsch. Sie beruht vermutlich, wie wir hören, auf einer Information der „Saarzeitung“, die kürzlich meldete, daß bei der Anwesenheit Poincarés in Saarbrücken zwei Saarbrücker Stadträte und ein Industrieller den französischen Präsidenten begrüßt haben. Einen Auftrag haben diese Herren von niemandem gehabt, und es kann gesagt werden, daß die [illegible] Mehrheit der Bevölkerung Saarbrückens für ein solches Unternehmen nur Verachtung übrig hat.

Eine revolutionäre Provinzialregierung in Birkenfeld.

WTB. **Oldenburg, 2. Sept. Letzten Sonnabend hat der französische Kommandant in Birkenfeld, Major Bastiani, den Landesausschuß aufgelöst und die Mitglieder der Oldenburger Regierung abgesetzt, weil die berufene Vertretung des Landes in Uebereinstimmung mit der oldenburgischen Landesregierung den Anschluß Birkenfelds an die preußische Rheinprovinz erstrebt. Es ist in Birkenfeld eine neue revolutionäre Provinzialregierung eingesetzt worden, bestehend aus dem Rechtsanwalt Zeller aus Zweibrücken, Sekretär Eiszel aus Saargemünd und Referendar a. D. Hauth aus Birkenfeld. Das oldenburgische Staatsministerium hat scharfe Verwahrung gegen diese verfassungswidrigen Gewaltmaßregeln eingelegt.**

Die Lage in Ludwigshafen.

Mannheim, 2. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Da die Franzosen den verhafteten Briefträger Fuhrmann nicht freigeben, ist die Lage in Ludwigshafen immer noch gespannt. Die Franzosen begründen die Nichtfreilassung Fuhrmanns damit, daß die Voruntersuchung noch nicht abgeschlossen sei. Anzunehmen ist aber, daß die französischen Behörden ihn festhalten, weil er der einzige authentische Zeuge dafür ist, daß der Postverwalter See durch einen französischen Soldaten erschossen wurde. Solange Fuhrmann nicht freigegeben wird, kann stündlich mit dem Ausbruch des Generalstreiks gerechnet werden, so viel Konzessionen auch die Franzosen auf anderen Gebieten machen. Die Verhandlungen werden fortgesetzt. Die Beerdigung des Postverwalters See fand unter großer Beteiligung statt. Die Arbeiter sämtlicher Fabriken waren geschlossen zur Stelle. In den am Grabe gehaltenen Reden kam der feste Wille zum Ausdruck, daß jetzt das Unterdrückungssystem der Franzosen abgeschüttelt werden müsse. See sei ein Vorbild deutscher Treue und des Willens, frei zu sein, gewesen im Tun und Denken. In allen Pfälzer Blättern erscheinen jetzt amtliche Berichte über die Vorgänge mit Kommentaren, die die Genehmigung der französischen Behörde gefunden haben.

Die Beschaffungsbeihilfe.

WTB. **Berlin, 2. Sept. In Kreisen der preußischen Staatsbeamten herrscht noch vielfach Unklarheit über den Stand der Frage der einmaligen Beschaffungsbeihilfe, die, wie bereits gemeldet, in Höhe von 600 Mark für Ledige, 1000 Mark für kinderlos Verheiratete und 200 Mark für jedes zu berücksichtigende Kind geplant ist. Die Reichsfinanzverwaltung war, da die Nationalversammlung noch tagte, in der Lage, sofort die Zustimmung des Haushaltsausschusses zu dieser Hilfsmaßnahme einzuholen, und es wird daher die Auszahlung an die Reichsbeamten voraussichtlich um die Mitte des September erfolgen können. Für die preußischen Beamten wird sich die Zahlung anschließen, sobald die Zustimmung der Landesversammlung vorliegt. Die Volksvertretung wird unmittelbar nach ihrem für Mitte September in Aussicht genommenen Zusammentreten sich mit einer entsprechenden Vorlage der preußischen Staatsregierung zu befassen haben.**

Die Verkehrslage im Ruhrrevier.

WTB. **Essen (Ruhr), 2. Sept.** Die günstige Wirkung der durch die Eisenbahnverwaltung am 22. August über den Ruhrbezirk verhängten allgemeinen Gütersperre machte sich erst in der vergangenen Woche voll bemerkbar. Die Wagengestellung ging arbeitstäglich auf rund 18 200 Wagen (15 900 in der Vorwoche) in die Höhe, die Fehlziffer unter 2000 Wagen (6500) herunter, so daß stellenweise wieder mit einem Abtransport vom Lager begonnen werden konnte. Auch gegen Wochenschluß war die Gestellungsziffer noch verhältnismäßig günstig. Auf Grund dieser Lage erfuhr der Kohlen- und Koksumschlag in Duisburg und den Ruhrorter Häfen eine Steigerung von 13 500 auf rund 22 000 Tonnen arbeitstäglich.

Weitere Ententebevollmächtigte nach Oberschlesien.

WTB. **Berlin, 2. Septbr.** Im Einvernehmen mit der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung begeben sich heute die Generale Dupont, Malcolm und Benoivenga, die Chefs der hiesigen französischen Militärkommissionen, nach Oberschlesien, um sich mit der bereits dorthin entsandten interalliierten Militärkommission zu vereinigen. Die Befugnisse dieser Kommission werden dadurch selbstverständlich nicht geändert. Die vielfach verbreiteten Gerüchte, daß die im Friedensvertrag vorgesehene Besetzung Oberschlesiens durch fremde Truppen schon vorzeitig erfolgen werde, entbehren jeder Grundlage.

Wie W. T. B. hierzu erfährt, kann es vom deutschen Standpunkt aus nur willkommen sein, wenn die mit den deutschen Verhältnissen bereits vertrauten Chefs der alliierten Kommissionen sich an Ort und Stelle von der wirklichen Lage überzeugen.

Der Papst für die gerechten Forderungen des Proletariats.

WTB. **Versailles, 2. September. Kardinalstaatssekretär** Gasparri richtete an den Kardinal Lucon einen Brief im Namen des Papstes. Er bestätigt den Empfang eines Kollektivbriefes des französischen Episkopats und sagt, wie der Brief richtig bemerke, handele es sich darum, die moralischen und materiellen Schäden des Krieges wieder gutzumachen. Die proletarischen Klassen, die an dem Kriege einen hervorragenden Anteil genommen hätten, wollten in jedem Lande den größtmöglichen Vorteil daraus ziehen. Unglücklicherweise hätten sie sich oft getäuscht und zu Uebertreibungen hinreißen lassen. Die katholische Kirche sei immer dafür eingetreten, die Lebensbedingungen derer, die leiden, zu verbessern. Deshalb solle man sich auch nicht, wie der Brief des Klerus richtig sage, den gerechten Forderungen des Proletariats widersetzen.

Der Friedensvertrag mit Bulgarien.

WTB. **Paris, 2. Sept.** (Havas.) Nach dem diplomatischen Lagebericht beschloß der Oberste Rat der Alliierten, der bulgarischen Friedensdelegation den Text des Friedensvertrages, der die politischen Grenzen des Landes bezeichnet, zu übergeben. Ein Ausgang zum Meere wird Bulgarien versprochen. Die bulgarische Delegation wird im Namen ihrer Regierung das Versprechen abgeben, daß sie auf gewisse durch den Friedensvertrag zu bezeichnende Gebiete keinen Anspruch mehr erheben wird. Die Zuteilung dieser Gebiete wird später erfolgen. Unter diesen Umständen wird Thrazien keinen Anlaß zur Verzögerung des Friedensschlusses bilden.

Britische Kämpfe mit Bolschewisten.

WTB. **Amsterdam, 2. Sept. Der „Nieuwe Rotterd. Courant“ meldet, daß britische Flieger an der Archangelsk-Front auf Jemza Bomben geworfen haben. Hierauf nahmen 200 australische Infanteristen nach heftiger Beschießung diesen Ort. Vier bolschewistische Kommissare und 500 Mann wurden gefangen genommen und mehrere Geschütze erbeutet. Die britischen Verluste betrugen zwei Offiziere und 502 Mann.**

Eine Rede des Grafen von der Goltz.

WTB. **Mitau, 2. Sept. Bei einer Parade der Eisernen Division erklärte General Graf von der Goltz in einer Ansprache, alle wüßten, daß er die Weigerung der Truppen, abzufahren, mißbillige. Er könne sich nicht an die Spitze einer Bewegung stellen, die gegen seinen Befehl gehe. Seine Pflicht sei es, auf die Schwierigkeiten einer Ansiedlung im Baltikum aufmerksam zu machen. Er hoffe aber, daß England und Deutschland die Notwendigkeit des Verbleibens der Truppen einsehen würden; sonst müsse gehorcht werden. Die Welt müsse von der Güte der Truppen überzeugt werden. Wenn alle das Vaterland liebten, werde die neue deutsche Republik aufblühen. Mit diesem Ziel vor Augen hätten die Truppen jedem Befehl zu folgen.**

Ausland.

Ein ungarisches „Ordnungs“-Ministerium.

WTB. **Wien, 2. Sept.** Die Blätter melden übereinstimmend aus Budapest, daß die Bemühungen des Ministers Heinrichs zur Bildung eines Kabinetts günstige Erfolge haben. Wenn das Kabinett formell auch unter der Führung von Heinrichs stehen werde, handele es sich doch in erster Linie um die Einsetzung eines Ordnungsministeriums, das den Charakter Rezedues-Garami-Huszar tragen werde.

Halle und Umgebung.

Halle, den 3. September 1919.

Zur weiteren Förderung des barlosen Verkehrs

und zur Vereinfachung des Geschäftsverkehrs hat die Reichs-Postverwaltung mit Wirkung vom 1. Oktober ab folgende Neuerungen eingeführt:

Wertzeichen im Betrage bis 100 Mk. dürfen am Postschalter gegen Scheck oder Ueberweisung sogleich vor deren Gutschrift verabfolgt werden, wenn der Käufer von seiner Bestellpostanstalt einen besonderen Ausweis erhalten hat, der bei jedem Einkauf am Schalter vorzulegen ist. Dieser Meistbetrag der zu verabfolgenden Wertzeichen wird auf 300 Mk. erhöht. Nachnahmesendungen bis zum Gesamtbetrage von 300 Mk. können mit Scheck oder Ueberweisung beglichen werden, ohne daß deren Gutschrift abgewartet zu werden braucht, wenn der Empfänger solcher Sendungen von seiner Bestellpostanstalt auf schriftlichen Antrag einen Ausweis erhalten hat, der jedesmal bei der Einlösung von Nachnahmesendungen vorzulegen ist. Der Höchstbetrag der auf solche Art von einem Empfänger zu gleicher Zeit mit Scheck oder Ueberweisung einzulösenden Nachnahmesendungen ist nunmehr auf den Betrag festgesetzt worden, bis zu dem Postnachnahmen zulässig sind, zurzeit 800 Mk. Auch ist gestattet worden, daß in den gleichen Grenzen und unter den gleichen Voraussetzungen wie bei den Nachnahmen Postaufträge zur Geldeinziehung mit Scheck oder Ueberweisung eingelöst werden, ohne daß deren Gutschrift abgewartet wird. Postprotestaufträge und Postaufträge mit dem Vermerk „Sofort zurück“ oder „Sofort an N. in N.“ oder „Sofort zum Protest“ sind von der Begleichung mit Scheck oder Ueberweisung ausgeschlossen.

Wer jetzt Telegrammgebühren stunden läßt, muß als Sicherheit dafür bei der Postanstalt einen Vorschuß vorher einzahlen. Diese Sicherheit braucht künftig versuchsweise von der Postanstalt nicht mehr in Anspruch genommen zu werden, wenn der Teilnehmer am Stundungsverfahren einen entsprechenden Antrag stellt. Ebenso ist es für Inhaber von Fernsprechstellen, die mit Automaten statt mit gewöhnlichen Sprechapparaten ausgerüstet sind, nicht mehr erforderlich, den vierten Teil der von ihnen für die Dauer des Vertragsverhältnisses zu gewährleistenden Jahreseinnahme als Sicherheit zu hinterlegen. Der Teilnehmer muß eine schriftliche Erklärung abgeben, daß er für Minderbeträge haften und jeden Wechsel in der Person des Inhabers der Sprechstelle der Post unverzüglich mitteilen will. Zu den Zahlungen an Postkassen, die mit Privatbankschecken beglichen werden können, dürfen künftig allgemein auch Platzanweisungen benutzt werden.

Der drohende Zusammenbruch der Milchwirtschaft.

Von beteiligter Seite wird uns geschrieben:

In der letzten Generalversammlung des „Landbundes der Provinz Sachsen und Anhalts“ wurde die Frage, ob überhaupt schon in Kürze mit einer Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung der Milch gerechnet werden darf, verneint. Der Abbau der Zwangswirtschaft wird wohl zuletzt im Molkereigewerbe erfolgen. Die Zwangsbewirtschaftung der Milch muß aber so erfolgen, daß sie nicht zu unnötigen Härten und Ungerechtigkeiten führt, wie z. B. die ungleichmäßige Festsetzung der Preise in einzelnen Kreisen.

Die mittelbare Folge der Zwangswirtschaft ist, daß der Landwirt die Milchwirtschaft mehr denn je als ein notwendiges Uebel empfindet, jegliches Interesse daran verliert und auch die Beteiligung an Molkereien satt hat. So ist das sonst so rege Interesse an den genossenschaftlichen Betrieben im Kreise der Abmelkwirtschaften längst verschwunden. Man beginnt, die Molkereien für überflüssige Einrichtungen zu halten und erwägt an manchen Orten sogar den Verkauf von Genossenschafts-Molkereien. Der Zweck, durch letzteres Vorgehen von der Molkerei loszukommen, wird durchaus nicht erreicht. Im Gegenteil, die Privatmolkereien werden nichts unversucht lassen, daß der Zwangsanschluß an Molkereien auch fernerhin bestehen bleibt.

Der Landbund der Provinz Sachsen und Anhalts hat daher folgende bemerkenswerte Beschlüsse gefaßt:

„Der Landbund der Provinz Sachsen und Anhalts verurteilt scharf die ungleichmäßige Festsetzung der Preise für Milch und Molkereierzeugnisse in einzelnen Kreisen der Provinz und nimmt mit Entrüstung von dem Vorgehen der Kreisverwaltung Gardelegen Kenntnis, welche den Erzeugern die vom Oberpräsidium für die ganze Provinz festgesetzten Höchstpreise vorenthält und einen Teil der Molkereieinnahmen unberechtigterweise für sich in Anspruch nimmt und anderen Zwecken zuführt. Der Landbund stellt fest, daß infolge des bisher von der Regierung beliebten größtenteils im Interesse der Privatmolkereien liegenden Zwangsverfahrens die Milcherzeugung ständig zurückgeht, die Erbitterung unter den Landleuten dauernd wächst und daß der völlige Zusammenbruch der Milchwirtschaft in Kürze zu befürchten ist. Der Landbund verlangt gleichmäßige und ausreichende Festsetzung der Höchstpreise innerhalb der Provinz, Belassung des Milchviehs beim Erzeuger, Rückgabe von mehr Magermilch an die Produzenten, als dies bisher der Fall war und Hinzuziehung von sachverständigen, von den berufenen Organisationen benannten Landwirten und Molkereifachleuten bei der öffentlichen Bewirtschaftung und bei der Kontrolle der gewerblichen Betriebe.

Die neuerdings wiederholt beobachteten Verkäufe von Molkereien veranlassen den Landbund, alle beteiligten Kreise ernstlich vor übereilten Beschlüssen und deren Folgen zu warnen, insbesondere kann der Verkauf von Genossenschaftsmolkereien unter keinen Umständen gutgeheißen werden.“ B—k.

Wohnungsfürsorge für die Flüchtlinge.

Die aus den östlichen Provinzen und aus Elsaß-Lothringen, Pfalz und Rheinland vertriebenen Deutschen sind im Vaterlande sehr verschieden aufgenommen worden. Dies hat die Regierung bestimmt, die Angelegenheit einheitlich zu regeln.

Eine Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 23. Juli, die noch wenig bekannt zu sein scheint, bestimmt, daß die Gemeinden Deutschen, die unter der Einwirkung des Krieges aus dem Auslande oder aus einer der Grenzmarken geflüchtet oder vertrieben worden sind, den Zuzug zu gestatten haben. Soweit es erforderlich ist, sind sie sogar verpflichtet, ihnen Wohnung zu beschaffen und Hauseigentümer und Mieter zu zwingen, ihnen entbehrliche Wohnräume zu überlassen. Diese Pflicht liegt dann vor, wenn die Vertriebenen von den zuständigen amtlichen oder amtlich beauftragten Fürsorgestellen zugewiesen werden oder mit Rücksicht auf am Orte wohnende nahe Verwandte oder aus dringenden Gründen der Berufsstellung zu ziehen. Es ist nach diesen Bestimmungen nicht mehr gestattet, Vertriebene hinter wohnungsuchende Einheimische zurückzusetzen; im Gegenteil ist geradezu anerkannt, daß der obdachlose Vertriebene vor dem Einheimischen zu berücksichtigen ist, der, wenn er eine Wohnung sucht, noch eine Weile ausharren kann.

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß sich Wohnungs- und Mietseinigungsamt unserer Stadt bei ihren Entscheidungen gern den menschenfreundlichen, das schwere Schicksal unserer vertriebenen Mitbürger würdigenden Grundsätzen der Reichsregierung werden leiten lassen. Hd.

Apollotheater.

Kurt Olfers Operetten-Gesellschaft ist wieder im Apollotheater eingekehrt. Zwischen ihr und der theaterliebenden Oeffentlichkeit besteht eine Art Familienverhältnis, das einen nicht zu unterschätzenden Vorteil hat: der Boden des Erfolges ist bereitet und die Gesellschaft braucht nicht erst fremden Boden zu beackern, aus dem ihr künstlerische und geschäftliche Erfolge ersprießen sollen. Die äußeren Kennzeichen für diese starken innerlichen Beziehungen waren ein ausverkauftes Haus am ersten Vorstellungsabend und starker Beifall, der die alten bekannten Gesichter auf der Bühne bei ihrem ersten Auftreten empfing. Das beste Mittel, dieses trauliche Verhältnis zwischen Künstlerschaft und Publikum aufrechtzuerhalten, ist ein gutes Stück und eine gute Aufführung. Und dieses Mittel hatte Kurt Olfers Gesellschaft in der dreiaktigen Operette „Der lachende Ehemann“ mitgebracht.

Textlich erhebt sich das Stück weit über den Durchschnitt der gewöhnlichen Operettenliteratur. Die Verfasser Julius Brammer und Alfred Grunewald haben sich bemüht, so etwas wie eine folgerichtige Handlung zu entwickeln, in der das Geschehen aus den Charakteren der handelnden Personen herauswächst. Man kann fast behaupten, die Träger der Handlung sind leibhaftige Menschen, keine Operettengestalten. Nur hier und da werden sie zu solchen Figuren, da es doch den Schöpfern des Stückes nicht ganz gelungen ist, den schwankhaften Operettenstil in ihrer Menschenschilderung immer zu vermeiden. Aber für diesen Fall besaß die Spielleitung den Geschmack, dafür zu sorgen, daß das Possenhafte nicht allzu verdringlich in die Augen springt. Wortwitz und geistreichelnde Bemerkungen über mancherlei Gesellschaftsfragen sind geschickt hineinverwoben, so daß man sich hierbei sogar etwas denken kann. Etwas störend wirkt es, daß der Hauptheld der Geschichte — das ist der ehemalige Kunstbutterfabrikant Ottokar

Bruckner, der der Gemahl einer romanschreibenden Dame ist, die die Romane, die sie schreibt, selbst erleben möchte — bildungsbedürftig ist und doch einen bemerkenswerten gesellschaftlichen und zuweilen sogar literarischen Schliff offenbart. Doch in der Fülle der Geschehnisse, die sich um ein zartes Abenteuer der Gemahlin Bruckners ranken, sieht man darüber hinweg. Im ganzen geht es durchaus anständig zu, die Dinge, die hier passieren, könnten sogar Wirklichkeit sein.

Edmund Eysler hat dazu die Musik geschrieben. Leicht und gefällig schwingen sich die Töne um die Handlung. Die Musik ist nicht besonders eigenartig und sie entbehrt auch der wuchtigen Kraft, sie ist sozusagen Salonmusik. Aber gut ist, was gefällt, und sie gefällt. Zumal sie auch die Reizsamkeit der Rührseligkeit zu ihren Eigenschaften zählt. Von Gesangsschlagern ist das Stück nicht überfüllt, und das empfindet man hier fast als eine Wohltat.

Die Aufführung wie die Ausstattung verdienen alles Lob. Flottes Zusammenspiel und gute gesangliche Behandlung sichern dem „Lachenden Ehemann" außer durch seine inneren Vorzüge einen verdienten Erfolg. Den Ottokar Bruckner verkörperte Hermann Feiner. Darstellerisch wie gesanglich bot er eine ausgezeichnete Leistung. Künstlerische Intelligenz vereinigt sich in ihm mit warmem Empfinden und einer achtungswerten Gesangsgabe. Den Schwerenöter Graf Selztal stellte Hans Forstner dar. Seine künstlerischen Vorzüge, über die früher oft genug gesprochen worden ist, stellte er auch wieder in den Dienst dieser Rolle. Fritz Graumnitz paßte der Charakter als Lyriker und Liebhaber, der auch ein Abenteuer erleben will, gar nicht. Gesanglich genügte er, aber seiner Darstellung fehlte Leben und Leidenschaft. Lyriker sind nicht notwendig Drahtpuppen, die mit den Armen und Beinen schlenkern, wenn sie aufgezogen sind. Der Scheidungsrechtsanwalt, wie ihn Jakob Kessenich darbot, war eine echte Operettenfigur, während Robert Luther dem Pipelhuber zu einer anständigen Lustspielgestalt verhalf. Artur Gellert, Asmus Rolandsen und Willy Kluge gaben sich redliche Mühe, ihrer Darstellung persönliches Leben einzuhauchen. Meta Heim als Gattin Bruckners verlieh gesanglich wie darstellerisch ihrer Rolle eine eigene Note, die sie wieder als vollwichtige Künstlerin erscheinen ließ. Martha Gellert (Lucinde), Lydia Petry (Etelka) und Trude Adam (Dolly) fügten sich angemessen in den Rahmen des Ganzen ein. Kurt Pastor, der die musikalische Leitung hatte, führte auch den Chor in strenger Zucht.

Die Aufführung fand stürmischen Beifall des angeregten Hauses, die Einzeldarsteller mußten oft auf offener Bühne erscheinen. —r.

Beamtenhochschulkurse. Nachdem die Beamtenschaft durch zahlreiche Beteiligung an den im Sommerhalbjahr abgehaltenen Beamtenhochschulkursen ein äußerst reges Interesse an ihrer beruflichen Weiterbildung bekundet hat, sollen die Vorlesungen, welche bis jetzt nur kurze Einführungen in die betreffenden Wissensgebiete bringen konnten, nunmehr im Winterhalbjahr ihre Fortsetzung und entsprechende Erweiterung finden. Der Arbeitsausschuß hat deshalb bereits die Vorarbeiten hierzu wieder aufgenommen. Die Vorlesungen sollen etwa Mitte Oktober wieder beginnen. Die Mitwirkung einer Anzahl namhafter Dozenten ist gesichert. Die infolge außerordentlichen Kohlenmangels bestehenden erheblichen Schwierigkeiten, geheizte Räume zu beschaffen, werden voraussichtlich auch noch überwunden. Weitere Auskunft erteilen auf schriftliche Anfrage bereitwilligst der Obmann, Oberpostsekretär Lehmann, Cecilienstr. 95, und der 1. Schriftführer, Magistratsbeamter Golde, Schönitzstr. 15.

Provinzial-Nachrichten.

Der Streit um die Abfindung des Herzogs.

Von Justizrat Dr. Bretzfeld in Gotha, dem Prozeßvertreter S. K. H. des Herzogs von Coburg-Gotha in dessen Klagesache gegen die Volksbeauftragten und den Freistaat Gotha geht uns folgende Mitteilung zu.

„In Nr. 397 des „Berl. Tageblattes" vom 25. August d. Js. wird gelegentlich der Mitteilung von der Klageerhebung des Herzogs gegen den Volksstaat Gotha behauptet, der Herzog hätte seinerzeit eine Abfindung in Höhe von 15 Millionen Mark abgelehnt, worauf der Landtag die Beschlagnahme des gesamten fideikommissarischen Besitzes des ehemaligen Herzogs beschlossen habe. Diese Mitteilung ist unrichtig und geeignet, die öffentliche Meinung irre zu führen. In Wirklichkeit waren dem Herzog für die Uebereignung des nachstehend genannten dem Herzoglichen Hause gehörigen Privatbesitzes, nämlich des Gothaer Hausfideikommisses, des Ernst-Albert-Fideikommisses, der Herzogl. Waldungen im Kreise Schmalkalden, des Hausallods nebst Sammlungen, des zum Lichtenberger Fideikommiß gehörigen Guts Wandersleben und des Theatergebäudes mit Fundus, also eines Besitzes, welcher nach sachverständigen Urteil insgesamt auf mindestens 75 Millionen Mark zu bewerten ist, als Abfindung nur 5 Millionen Mark sowie das Jagdschloß Oberhof angeboten worden, wovon dem Herzog bezw. dem Herzogl. Hause nach Abzug der voraussichtlichen Reichsvermögensabgabe nur etwa 2½ Millionen Mark verblieben wären. Dabei ist als ganz wesentlich zu berücksichtigen, daß bereits im Jahre 1905 eine vertragsmäßige endgültige Vermögensauseinandersetzung zwischen dem Staat Gotha und dem Herzogl. Hause stattgefunden hat, bei welcher das Herzogl. Haus zur Abfindung aller staatlichen Ansprüche in die Uebereignung von etwa ⅔ des Domänenbesitzes an den Staat gewilligt hatte und bei welcher für den jetzt eingetretenen Fall das Aufhörens der Regierung des Herzogl. Hauses nur mehr eine weitere Uebereignung von Waldgrundbesitz mit einem Reinertrag von 96 000 Mk. mithin im ungefähren Wert von 3 Millionen Mark vereinbart war.

Bei dieser Sachlage konnte der Herzog das Angebot von 5 Millionen Mark für die Ueberlassung von mindestens 75 Millionen Mark Privatbesitz nicht als eine angemessene Abfindung annehmen, worauf die Volksbeauftragten mit Hilfe der sozialistischen Mehrheit der Landesversammlung durch Gothaisches Gesetz vom 31. Juli 1919 die entschädigungslose Konfiskation des gesamten im Frage kommenden Privatbesitzes des Herzoglichen Hauses beschlossen.

Gegen diesen mit der Verfassung und den Reichsgesetzen unvereinbaren Gewaltakt richtet sich die vom Herzog nunmehr eingereichte Klage."

„Freie Bahn dem Tüchtigen".

§ **Gotha, 2. September.** Sicherem Vernehmen nach beabsichtigt man im Volksstaat Gotha in der allernächsten Zeit durchgreifende Aenderungen in der Besetzung von Beamtenstellen. Einen Vorgeschmack dessen, was wir zu erwarten haben, gibt die Neuschaffung des Postens eines Verwalters der ehemals herzoglichen Sammlungen, die das Museum, die Gemäldegalerie, das Münzkabinett und die Schloßbibliothek umfassen. Es sind das alles umfangreiche Sammlungen, die einen weit über Gothas Grenzen hinaus gehenden Ruf haben. So gehören die Bibliothek und das Münzkabinett zu den umfangreichsten derartigen Einrichtungen Deutschlands, deren Vorsteher ein hohes Ansehen in der Gelehrtenwelt genießen. Diesen Herren ist nun ein neuer „höchster" Vorgesetzter in der Person des Unabhängigen Etthöfer gegeben. Letzterer ist gelernter Buchdrucker und ein rühriger Genosse. Bald nach Ausbruch der Revolution wurde er Kontrolleur der Staatskasse, welchen Posten er aber bald wieder aufgab. Inwieweit seine Ausbildung ihn dazu befähigt, die oben bezeichneten Sammlungen zu verwalten und die Geschäftsführung der ihm unterstellten Gelehrten vom Fach zu beaufsichtigen, dürfte wohl ewig ein Geheimnis seiner Auftraggeber aus dem Lager der U. S. P. bleiben!

— **Merseburg**, 2. September. (Erschossen hat sich) am Sonnabend nachmittag an der Saale zwischen Leuna und Rösseln der 17 Jahre alte Banklehrling Paul Jauck aus Leuna, der in einem hiesigen Bankgeschäft beschäftigt war. Der Grund zum Selbstmord dürfte in übertriebenem Ehrgefühl zu suchen sein. Der junge Mann brachte sich mit einem Revolver einen Schuß ins Herz bei, der sofort tödlich wirkte. J. ist elternlos; der Vater, der Gemeindevorsteher Jauck, wurde vor längerer Zeit von einem Gänsedieb erstochen.

Zerbst, 2. Sept. (Abenteuer eines stellvertretenden Ehemannes.) Eine Tragikomödie spielte sich letzte Nacht auf der Mühlenbrücke ab. Ein Soldat kam von auswärts plötzlich nach Hause und mußte die Entdeckung machen, daß seine junge Ehefrau es mit der ehelichen Treue nicht so genau nahm; er erwischte sie „in flagranti" mit einem Russen. Aus Wut gab er ein paar Revolverschüsse auf den entsetzt im Negligé auf die Straße flüchtenden Nebenbuhler ab, der zweimal getroffen und besonders am Arm verletzt wurde. Der Russe, der sich in seiner leichten Gewandung nicht ganz wohl fühlte, suchte in der Nachbarschaft Einlaß zu finden, wurde aber überall abgewiesen, und so mußte er in der lauen Augustnacht halbnackt den Weg zum Arzt antreten, der ihn verband. Vom Arzt aus wurde der Russe dem Lazarett zugeführt. Was sich dann noch in der Wohnung des betrogenen Ehemannes abspielte, darüber schweigt einstweilen des Sängers Höflichkeit.

w. **Aschersleben**, 2. September. (Verkehrseinstellung — Klassenerhöhung.) Infolge der äußerst angespannten Lage des Brennstoffmarktes kann die „Asta" (Aschersleber-Stangeröder-Automobilverbindung) nicht mehr mit Benzol beliefert werden. Der Fahrbetrieb dieser so wichtigen Verkehrsverbindung nach dem Vorharz, dem Eine- und Wippertale hin, mußte daher mit dem 1. September bis auf weiteres eingestellt werden. — Nach Abschluß der im Finanzministerium geführten Verhandlungen ist die Stadt Aschersleben mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar 1919 ab in die zweite Teuerungsklasse versetzt.

Wittenberg, 2. September. (Hallisches Plündergut.) Von der Polizei wurde am Sonnabend ein junger Mensch beobachtet, wie er in der Coswiger Straße Schmucksachen an den Mann zu bringen suchte. Er wurde als ein Arbeiter P. aus der Katharinenstraße festgestellt, und gab an, daß er sich zur Zeit der Unruhen in Halle befunden und dort von einem Unbekannten die Sachen, die dieser durch Plünderungen erlangt, erhalten habe, um sie zu verkaufen. Wie festgestellt werden konnte, hat P. tatsächlich eine Anzahl Goldsachen bei hiesigen Goldarbeitern zum Kauf angeboten.

= **Weida**, 2. September. (Der Einbrecher Nitzsche) ist abermals ausgebrochen, und zwar diesmal aus dem Landgerichtsgefängnis Gera. Es ist nun das 3. Mal, daß er den Weg in die Freiheit gefunden hat. Man hätte erwarten sollen, daß dem gefährlichen Menschen gegenüber alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen wären, um ein Entweichen unmöglich zu machen. Für die Sicherheitsorgane beginnt nun wieder eine schwierige Arbeit, des Entflohenen habhaft zu werden, der seine Freiheit jedenfalls auch so teuer wie möglich verkaufen wird.

Torgau, 2. September. (Der verkannte Herr Koenen.) Ueber ein eigenartiges Mißgeschick der Unabhängigen und ihres hallischen Führers Koenen wird der „Volksstimme" berichtet: Abg. Koenen-Halle, der am Sonnabend abend 5 Uhr über Militarismus und Gegenrevolution im Tivolisaale sprechen wollte, wurde jedoch dabei von des Geschickes Mächten arg mitgespielt. Durch ein Mißverständnis kamen die hiesigen braven Unabhängigen in eine ganz heikle Situation. Sie mußten nämlich ihren erschienenen Schäfchen raten, die heimischen Kämmerlein wieder aufzusuchen, da der Referent nicht erschienen sei. Das war ja noch nicht das Schlimmste, denn die „Demobilisation" der „revolutionären Massen" ging sehr schnell von statten. Die paar Dutzend Leute waren bald über die Schwelle des Saales geleitet und binnen wenigen Minuten war die Heerschau abgewickelt. Infolge des Lärmes wurde Herr — Koenen, der gemütlich und nichtsahnend im Nebenzimmer saß, aufmerksam, eilte zur Tür und sah nur noch einzelne Nachzügler enteilen. Entweder waren es tatsächlich so wenig, daß es sich nicht gelohnt hätte mit der „Massen"kundgebung zu beginnen, oder die Schäflein sind im Eilzugstempo dem „Tivoli" entronnen. Jedenfalls hatten die unabhängige „Leitung" und Herr Koenen das Nachsehen.

Kunst und Wissenschaft.

Das Vorlesungsverzeichnis der Handelshochschule Berlin für das kommende Wintersemester weist eine bedeutende Erweiterung des Unterrichts auf. Gegen 96 Kollegs im vorigen Wintersemester werden diesmal 152 Vorlesungen und Uebungen angekündigt. Von den vielfachen Neuerungen sind hervorzuheben: Industrieverwaltung (Prof. Leitner), Altes und neues Reichssteuerrecht (Geheimrat Schwarz), Handelsvertragspolitik (Ministerialdirektor a. D. Lusensky), Englisch-amerikanisches Recht (Geheimrat von Lewinski), Bismarck und seine Zeit (Prof. Apt), Geschichte und Bedeutung der Konsumgenossenschaften (Staatssekretär a. D. Dr. August Müller).

Durch das Seminar für Versicherungswesen, das unter Leitung des Direktors im Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung, Geheimen Regierungsrat Prof. Dr. Frhr. von Liebig, an der Handels-Hochschule Berlin mit Beginn des Wintersemesters in Tätigkeit tritt, wird die Spezialausbildung für Versicherungsfachleute eine Erweiterung erfahren. Nähere Angaben über die Vorlesungen und Uebungen sind in dem kürzlich erschienenen Vorlesungs-Verzeichnis für das Wintersemester enthalten.

Stiftung für studierende Frauen. Der Verein zur Gründung eines Mädchengymnasiums in München hat mit einem Vermögen von 10 000 Mk. eine Stipendienstiftung zur Gewährung von Studienbeihilfen an unbemittelte und würdige, an der Universität München immatrikulierte Frauen errichtet.

Hochschulnachrichten.

Berufung. Wie die „Handelsschulkorr." erfährt, hat der Geheime Hofrat Prof. Dr. Max Wien, Vorstand der physikalischen Anstalt an der Universität Jena, einen Ruf nach Göttingen an Stelle des verstorbenen Geh. Rats Prof. Dr. H. Simon erhalten. Geboren 1866 zu Königsberg i. Pr. promovierte Wien 1888 in Berlin bei Helmholtz und Kundt mit einer Arbeit über die Messung der Tonstärke, war bis Ostern 1892 im Laboratorium von Prof. Kundt in Berlin tätig, kam dann als erster Assistent zu Prof. Röntgen nach Würzburg und erhielt dort die venia legendi. 1899 siedelte Wien als Dozent der Physik an die Technische Hochschule in Aachen über, übernahm 1904 die etatsmäßige Professur der Physik an der neugegründeten Technischen Hochschule in Danzig, von wo er 1911 nach Jena als Nachfolger A. Winkelmanns übersiedelte. Seine zahlreichen Arbeiten und Schriften betreffend Akustik, Wirbelströme, elektrische Schwingungen und drahtlose Telegraphie. Von Interesse für weitere Kreise ist die Entdeckung der sogenannten „Stoßerregung", welche die Grundlage des Systems der „tönenden Funken" bei der drahtlosen Telegraphie ist.

Jena. Wie wir hören, hat der Jenenser Orientalist Prof. Dr. Artur Ungnad den an ihn ergangenen Ruf nach Greifswald als Nachfolger von Prof. Mittwoch angenommen.

Münster. Wie wir hören, ist der a. o. Professor der klassischen Philologie an der Universität Münster, Dr. Karl Münscher, zum ordentlichen Professor daselbst ernannt worden. Dr. Münscher (geb. 1871 zu Torgau) studierte in Breslau und Göttingen besonders bei Stutsch, Dilthey, Leo und v. Wilamowitz, war 1895/96 Assistent am philologischen Seminar in Göttingen, später im Schuldienst tätig, seit 1902 am Gymnasium in Ratibor, wo er zum Oberlehrer ernannt wurde. Vorübergehend war Dr. Münscher nach München zur Mitarbeit am Thesaurus linguae latinae beurlaubt. Ostern 1909 erfolgte seine Berufung nach Münster als Nachfolger L. Radermachers.

München. Der nichtetatsmäßige a. o. Professor der Augenheilkunde an der Münchener Universität, Dr. med. Karl Schlösser, ist zum Honorarprofessor daselbst ernannt worden. Der aus Mannheim gebürtige Augenarzt war Assistent v. Rothmunds an der Münchener Augenklinik.

Aus dem sächsischen Kultusministerium. Die im sächsischen Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts neuerrichtete Ministerialdirektorstelle ist dem vortragenden Rat in diesem Ministerium, Geh. Regierungsrat Michel, unter Ernennung zum Ministerialdirektor mit der Dienstbezeichnung Geheimer Rat übertragen worden.

Würzburg. Dr. med. et phil. Paul Bonwiller, Privatdozent und Prosektor am anatomischen Universitätsinstitut in Würzburg, ist zum Prosektor der Anatomie an der Universität Zürich berufen worden. Dr. Bonwiller, der aus St. Gallen (Schweiz) stammt, war früher als Assistent am Laboratorium für Histologie, Embryologie und Stomatologie in Genf bei Prof. Eternod tätig. 1912 wurde er Prosektor in Würzburg, wo er später die venia legendi für Anatomie sowie einen Lehrauftrag für Osteologie-Myologie erhielt. Dr. Bonwiller ist Mitarbeiter am Jahresbericht für Anatomie von Schwalbe. Sein Spezialgebiet ist Protoplasmastruktur besonders bei niederen Tieren.

Karlsruhe. Der Apotheker Dr.-Ing. Ludwig Lautenschläger in Karlsruhe hat den Ruf nach Greifswald als Abteilungsvorsteher für Pharmazie am chemischen Institut an Stelle von Prof. Scholtz angenommen.

Vermischtes.

Zu viel verlangt! Im Deutschen Reichsanzeiger wird von angekündigt eine (was folgt wörtlich) „Bekanntmachung, betreffend die Genehmigung zum Absatz von Karpfen und Schleien durch die Erzeuger". Und diese Bekanntmachung lautet dann wörtlich: „Nachdem der Reichskommissar für Fischversorgung im Einverständnis mit dem Reichsernährungsministerium mit Wirkung vom 4. August 1919 ab die inländische Bewirtschaftung der Fische aufgehoben hat, wird hiermit auf Grund der Bekanntmachung vom 8. August 1916 (RGBl. S. 925) die allgemeine Genehmigung zum Absatz der bisher von der Kriegsgesellschaft für Teichfischverwertung bewirtschafteten Karpfen und Schleien den Erzeugern erteilt. Berlin, den 23. August 1919. Kriegsgesellschaft für Teichfischverwertung. Klee." — Soweit wir unterrichtet sind, werden Karpfen und Schleie in der Regel von älteren Karpfen und Schleien erzeugt. Diesen zuzumuten, ihre eigenen Kinder selbst auf den Markt zu bringen, wird ihnen vermutlich über den grünen Klee gehen. Wir glauben nicht, daß sie der freundlichen Aufforderung Folge leisten werden. Und deshalb werden wir wohl auf den Genuß von Karpfen und Schleien auch weiterhin verzichten müssen — bis die verehrte Kriegsgesellschaft sich eine Naturgeschichte kauft und umlernt.

Für 50 000 Mark Sacharin erschwindelt hatte sich der ehemalige Angestellte der Z. E. G. Oskar Lirsch aus Berlin. Bei seiner Entlassung eignete er sich eine Anzahl Formulare an, um sie für Schwindeleien zu benutzen. Er setzte sich mit einem stellungslosen Kaufmann Johann Keck in Verbindung und beide bestellten auf Grund dieser Formulare in Magdeburg und Dresden einen größeren Posten Sacharin für die Z. E. G. Beide fuhren zu den Fabriken hin und nahmen die Ware gleich in Empfang. Beim Verkauf des Sacharins waren ihnen eine Stütze Mathilde Fatke und eine Zahntechnikerin Henriette Weiß behilflich. Als L. jetzt auf einige Tage nach Berlin gekommen war, wurde er von Kriminalbeamten in Empfang genommen und verhaftet.

Großer Pelzwarendiebstahl. Für 200 000 Mark Pelze erbeuteten Einbrecher, die in der Nacht zum Sonntag das Teppichhaus von Gebrüder Asriel u. Farchy in Berlin in der Kaiserstraße 41 heimsuchten. Die Diebe schlossen die Haustür mit einem Nachschlüssel auf, erbrachen dann die Tür zu den Geschäftsräumen, drangen in die Vorratsräume ein und packten für etwa 200 000 Mark Pelze verschiedener Art, meist Edelpelzwerk, Silber-, Blau- und Kreuzfüchse ein, luden die Beute auf ein bereitstehendes Fuhrwerk und fuhren damit unbehelligt davon. Auf die Wiederherbeischaffung der gestohlenen Pelze ist eine Belohnung von 10 Prozent ihres Wertes bis zum Höchstbetrage von 20 000 Mk. ausgesetzt.

Wieder ein Bataillonskassendiebstahl. Um seine Kasse bestohlen wurde das Kampfbataillon Wildemann, das in Litauen steht. Sie enthielt 180 000 Mark zum größten Teil Tausendmarkscheine, dann aber auch Hundertmark- und kleinere Scheine, endlich noch Ostgeld, russisches Geld in Silber und Papier. Die Diebe, zwei Soldaten namens Hubert Diemer und Fritz Pischel, sind nach den Ermittelungen nach Berlin gefahren und werden dort gesucht.

Ein Kleideraufschlitzer. Ein neuer Jack der Aufschlitzer beunruhigt, wie aus Hamburg berichtet wird, die Gemüter. Es treibt ein Unbekannter sein Unwesen, der sich auf der Straße an Frauen herandrängt und diesen Mäntel und Kleider aufschlitzt oder sie mit einer Schere zerschneidet. Dem Täter sind bereits eine große Anzahl von Damenmänteln zum Opfer gefallen; an einer einzigen Stelle schnitt er 14 Frauen die Bekleidungsstücke entzwei. Der Mensch, der weder Seidenmäntel noch Arbeiterkleider verschont, konnte bisher nicht gefaßt werden.

Das Teplitzer Theater abgebrannt. Das Teplitzer Theater ist ein Raub der Flammen geworden. Es war eine wichtige Kulturstätte Deutsch Böhmens. Sein Spielplan umfaßte das ganze deutsche Theaterrepertoire.

Unerwünschte Antwort. Frau: „Was würdest du wohl anfangen, wenn du keine Frau hättest, die sich immer bemühte, deine Kleidung und Wäsche auszubessern — das möcht' ich wirklich gern wissen!" — Mann: „Was ich da täte? . . . Oh, wenn ich keine Frau hätte, da bliebe mir immer Geld genug übrig, mir, sobald es nötig würde, neue Wäsche und Kleidung zu kaufen."

Wagner hinter verschlossenen Türen. Die Absage des Wagner-Konzertes in Paris hat in den Kreisen der französischen Liebhaber deutscher Musik große Entrüstung hervorgerufen und zu einer überraschenden Gründung geführt. Wie Pariser Blätter melden, tat sich eine Anzahl Musikfreunde zu einem Klub zusammen, der sich die Aufgabe stellt, private Aufführungen von Werken Wagners, Mozarts und Beethovens zu veranstalten. Wenn man die Klänge der gefährlichen deutschen Musik nicht

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190903016/fragment/page=0003

mehr in der Oeffentlichkeit und unter freiem Himmel hören darf, so will man sie wenigstens hinter verschlossenen Türen genießen.

Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung".

Pferdesport.

Rennen Grunewald-Hoppegarten am 2. September.

1. Preis von Schönburg. (5000 Mk., Lehrlingsreiten, 1400 Meter.) 1. Lustikus, 2. Friedensritter, 3. Elschen. Tot.: Sieg 35, Platz 24, 27, 18 : 10. 6 liefen.

2. Einsicht-Rennen. (9000 Mk., 1200 Meter.) 1. Bekassine, 2. Wulfhardt, 3. Susi. Sieg 46, Platz 15, 14, 15 : 10. 5 liefen.

3. Preis von Tannenberg. (27 000 Mark, 2200 Meter.) 1. Lorbeer, 2. Harlekin, 3. Herfsnier. Sieg 40, Platz 19, 18 : 10. 8 liefen.

4. Nickel-Ausgleich. (12 000 Mk., 1600 Meter.) 1. Steinkohle, 2. Liebesmahl, 3. Alea. Sieg 124, Platz 40, 44, 29 : 10. 22 liefen.

5. Festa-Rennen. (20 000 Mk., 1000 Meter.) 1. Perlschnur, 2. Peri, 3. Galeere. Sieg 32, Platz 16, 18, 21 : 10. 6 liefen.

6. Herteleld-Rennen. (Ehrenpreis u. 40 000 Mk., 3000 Mtr.) 1. Oneida, 2. Rosenritter, 3. Tunichtgut. Sieg 68, Platz 18, 13:10. 8 liefen.

7. Ermunterungsrennen der Hengste. (8000 Mk., 1200 Mtr.) 1. Friedensfürst, 2. Einspruch, 3. Wallenstein. Sieg 25, Platz 13, 14, 18 : 10. 15 liefen.

8. Le Justicier-Ausgleich. (16 000 Mark, 2400 Meter.) 1. Engadin, 2. Radomsk, 3. Condor. Sieg 59, Platz 21, 34, 90:10. 13 liefen.

Fußballsport.

Schülerkämpfe. Mittwoch abend 6 Uhr Borussia-Platz: 98-Schüler gegen Borussia-Schüler. Ergebnis vom Sonntag: 98-Schüler—1910-Schüler 5 : 1.

H. Sp. „Favorit". Die nächste Versammlung findet schon am Donnerstag um 8½ Uhr im Hotel Stadt Leipzig statt.

Verschiedenes.

Ortsausschuß für Jugendpflege-Diemitz. Die am Sonntag auf dem Favorit-Sportplatz abgehaltenen Wettkämpfe ergaben folgende Sieger: 100-Meter-Lauf: 1. W. Dahms T. V. 12,4 Sek. 2. F. Lehmer T. V. 1500-Meter-Lauf: 1. K. Schliebe F. 4,55,2 Sek., 2. O. Thielecke F. Diskuswerfen: 1. K. Vorkauf F. 25,58 Meter, 2. G. Köke F. Kugelstoßen: 1. W. Giersch F. 8,37 Meter, 2. K. Schliebe F. Tauziehen: 1. Kraftsportklub Diemitz. 4×100-Meter-Staffel: T. V. 3×1000-Meter-Staffel: 1. Favorit. Fünfkampf: 1. W. Giersch F. 87 Punkte, 2. F. Lehmer T. V. 70 P. Dreikampf (12—14 Jahr): 1. J. Lockert T. V. 64 Punkte, 2. W. Schiefer F. 56 Punkte. Dreikampf (14—17 Jahr): 1. P. Bake F. 40 Punkte, 2. F. Döring T. V. 37 Punkte.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Die Schließung der Automobilfabrik H. Büssing vor dem Schlichtungsausschuß.

WTB. **Braunschweig**, 2. September. In der Angelegenheit der Schließung der Automobilfabrik H. Büssing in Braunschweig ist jetzt von dem staatlichen Schlichtungsausschuß der Schiedsspruch gefällt. Danach soll die Firma Büssing solange berechtigt sein, den Betrieb stillzulegen, wie die Rentabilität des Unternehmens durch die Verweigerung einer zeitgemäßen Akkordarbeit gefährdet ist. Sobald die Arbeiterschaft sich zur Einführung der Akkordarbeit bereit erklärt, soll die Firma Büssing grundsätzlich die gesamte Belegschaft wieder einstellen. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Soweit Verstöße gegen § 123 der Gewerbeordnung vorgekommen sind, entscheidet das Gewerbegericht über die Wiedereinstellung der betreffenden Arbeiter. Ueber die Art des Akkords — ob Gruppenakkord oder Einzelakkord oder Pensumsystem — sollen Verhandlungen zwischen den beteiligten Parteien gepflogen werden. Der Vertreter der Arbeiter erklärte, daß die Arbeiter mit dem Schiedsspruch nicht zufrieden sein könnten, weil dabei nicht die Frage geregelt sei, ob sie für die Zeit seit Schließung der Fabrik Bezahlung erhalten oder nicht.

Der zukünftige Geschäftsverkehr mit dem Osten.

Der Verband Deutscher Fabrikanten von Eisen- und Metallwaren usw. in Remscheid hat über die künftigen Lieferungsmöglichkeiten und Bedingungen nach dem Osten eine Umfrage erlassen. Interessant ist die Antwort, die der Remscheider Verband hierauf vom Verband Ostdeutscher Industrieller, Danzig, erhalten hat. Dieser schreibt:

„Wir haben es bisher noch nicht als notwendig erachtet, zu erörtern, in welcher Weise in Zukunft bei Lieferungen nach Polen, insbesondere nach den an Polen abzutretenden deutschen Landesteilen, verfahren werden soll. Unseres Erachtens jedoch könnten die westdeutschen Fabrikanten froh sein, wenn sie unter den alten Bedingungen ihre Geschäfte fortsetzen könnten. Auch dürfte kein Grund vorliegen, die Zahlungsbedingungen für die Käufer in den bisherigen Provinzen Westpreußen und Posen zu verschärfen; denn solange die deutsche Markwährung hier besteht, ändert sich an den bisherigen Zahlungsverhältnissen nichts. Bei dieser Gelegenheit möchten wir Sie darauf aufmerksam machen, daß später mit den polnischen Einfuhrzöllen zu rechnen sein wird, die ziemlich hoch bemessen sein werden, da, wie verlautet, die Polen beabsichtigen, den russischen Zolltarif von 1904 einzuführen. Auch empfiehlt es sich, den Abnehmern in den genannten Provinzen möglichst entgegenzukommen, da sonst die Gefahr vorliegt, daß französische, englische und amerikanische Firmen hier den deutschen Fabrikanten aus seinem Absatzgebiet verdrängen."

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 2. September. An der Börse spielte sich das Geschäft hauptsächlich in ausländischen Aktienwerten ab, wogegen die übrigen Märkte, obwohl die Grundstimmung fest war, ziemlich in den Hintergrund traten. Im freien Verkehr erreichte Kanada bei großem Geschäft 506, Steaua Romana 462. Stärker waren auch West-Sizilianer, Mittelmeerbahnaktien u. a. zu steigenden Kursen gehandelt. Bei den amtlich gehandelten ausländischen Aktien, wie Prinz-Heinrich-Bahn, Orientbahn, Schantung und Türkischem Tabak betrugen die Kursbesserungen 2 bis 10 Proz. Oesterreichische Kreditaktien waren bis 8 Prozent gesteigert. Von der Aufwärtsbewegung in Steaua Romana wurden in geringerem Maße Deutsche Petroleum- und Erdölaktien mitgezogen. Von Kolonialwerten führten bei Steigerungen bis zu 7 und 4 Prozent Otawi und Otawi-Genußscheine. Schiffahrtswerte waren vernachlässigt. Die Kursbildung am Montanmarkt war uneinheitlich; doch waren die gestern stärker gewichenen oberschlesischen Papiere kräftiger erholt. Die übrigen Industriewerte und Bankaktien lagen still und wenig verändert. Das Geschäft in festverzinslichen Werten kam am zweiten Tage der amtlichen Kursfeststellung in geregelte Bahnen. Die Grundstimmung hierfür war fest. Oesterreichische und ungarische Renten lagen still und wenig verändert. Ausländische Banknoten und Kupons waren ruhig, aber fest. Im ganzen Verlauf blieben die Auslandswerte Trumpf.

Die Devisenkurse blieben heute unverändert.

Produktenbericht.

Berlin, 2. September. Infolge der zur Erzielung stärkerer Ablieferungen an die Reichsgetreidestelle nunmehr eingeführten Lieferungszuschläge für Brotgetreide und Gerste und der zu dem gleichen Zwecke vorgeschriebenen Einschränkung des Haferausdrusches bis zum 15. Oktober erstreckte sich heute das Geschäft am Hafermarkte nur auf greifbare Ware. Notiert wurden nur Lokoware zu unveränderten Preisen. Für Erbsen bleibt die feste Preistendenz bestehen. Lupinen waren etwas mehr gefragt, und in Seradella bestand für spätere Lieferung Interesse.

Berlin, 2. Sept. Amtliche Notizen. Inländischer Hafer für 1000 Kg. in Mark: loko ab Speicher frei Wagen 1000 bis 1100.

Der Plan einer französischen Prämienanleihe. Der Deputierte André Lefèvre hat in der Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht und ihn in der Budgetkommission der Kammer verteidigt, der auf der Idee aufgebaut ist, durch eine großzügige Prämienanleihe des Finanzelendes einigermaßen Herr zu werden. Er schlägt eine unverzinsliche Anleihe von 60 Milliarden Franken vor, die in 120 Millionen Stücken zu 500 Franken ausgegeben werden sollen. Diese Stücke sollen im Laufe von 20 Jahren in halbjährlichen Verlosungen zu Pari zurückgezahlt werden. Außerdem sollen im Laufe der beiden ersten Jahre täglich ein Gewinn von 1¼ Millionen Franken und wöchentlich zwei Gewinne von 500 000 Franken und 10 von je 100 000 Franken gezogen werden. Im Laufe der folgenden 18 Jahre soll der 1¼-Millionen-Gewinn allwöchentlich gezogen werden. Auf einige Einwendungen von Mitgliedern der Budget-Kommission, daß der Vorschlag nicht vor Januar vor die Kammer gelangen könnte, erwiderte Lefèvre: Dann würde Frankreich im März 1920 vor einem finanziellen Zusammenbruch stehen. Lefèvre wurde selbst von der Kommission zum Berichterstatter über seinen Vorschlag bestellt.

Eine Arbeitersparbank. In Hamburg hat sich die Gründungsgenossenschaft der Deutschen Arbeiterbank gebildet, die im Anschluß an die deutsche Konsumgenossenschaft bezweckt: Erfassung und Bewirtschaftung aller Arbeiterspargelder in einer eigenen Großbank und Anlage dieser Gelder für genossenschaftliche Industrie- und Verkehrsunternehmen (z. B. Hochseefischerei, Margarinefabriken, Verwertung von derzeitigem Heereseigentum usw.), Schaffung von Arbeitsgelegenheit für überschüssige deutsche Arbeitskräfte im Ausland durch Erwerb und Bewirtschaftung eigener Plantagen, Umgestaltung des deutschen Sparkassenwesens zur Erreichung einer möglichst bargeldlosen Bestreitung aller Lebensbedürfnisse. Als schon reife Projekte sind die Gründung einer Hochseefischereiunternehmung und Erwerb des Bahrenfelder Bekleidungsamtes in Aussicht genommen.

Vom Stahlwerksverband. Die Mitglieder des Verbandes werden zum 25. d. Mts. zu einer Mitgliederversammlung einberufen, in welcher über die Gesamtlage infolge des Eingreifens der Regierung, die bekanntlich den Verband zwangsweise um vier Monate verlängert hat, beraten werden soll.

Verband Deutscher Herdfabrikanten. Der Verband hat eine sofortige Preiserhöhung beschlossen, der Art, daß der im Juli um 75 v. H. festgesetzte Teuerungsaufschlag um weitere 50 v. H. auf 125 v. H. erhöht wird.

Alexanderwerk A. von der Nahmer A.-G. in Remscheid. Die Gesellschaft hat stärkere Ausfälle erlitten, so daß mit einem Rückgang der Dividende (i. V. 15 Proz.) gerechnet werden muß. Eine unverbindliche Schätzung geht auf etwa 10 Proz. Die Gesellschaft verfügt über gute Aufträge, leidet aber unter Material- und vornehmlich Kohlenmangel.

Westfälische Metall-Industrie Aktien-Gesellschaft, Lippstadt. Dem Bericht des Vorstandes zufolge war das abgelaufene Geschäftsjahr durch die politischen und wirtschaftlichen Ereignisse in jeder Beziehung ein ungewöhnliches. Zwar gelang es, den Betrieb aufrecht zu erhalten, jedoch nur unter Verzicht auf die bisher erzielten Betriebsergebnisse. Der erzielte Bruttogewinn beträgt 1 711 508 (i. V. 4 029 054) Mark. Demgegenüber erforderten Generalunkosten 1 204 955 (2 697 284) Mark. Zu Abschreibungen wurden 104 435 (95 250) Mark verwendet. Nach Heranziehung eines Teils der zur Verfügung des Vorstandes für die Ueberführung in den Friedensstand vorhandenen Rücklagen bleiben zur Verfügung der Generalversammlung 267 479 (1 119 023) Mk., aus denen eine Dividende von 8 Proz. zu verteilen vorgeschlagen wird und ferner als Bonus für jede Aktie 100 Mark in Kriegsanleihe mit Zinsen vom 1. Juli a. c. ab (i. V. 25 Proz. = 375 000 Mk., 190 117 Mk. Rücklagen und 53 906 Mk. Vortrag). In der Bilanz werden Waren mit 475 947 (409 673) Mk., Effekten mit 818 020 (1 094 074) Mk., Kasse und Wechsel mit 215 515 (64 039) Mk. ausgewiesen. Debitoren sind auf 1 946 197 (3 435 694) Mark und Kreditoren in laufender Rechnung auf 997 875 (1 297 783) Mk., diverse Kreditoren auf 214 524 (1 753 637) Mk. zurückgegangen. Für die nächste Zukunft können keine günstigen Aussichten eröffnet werden, wenn es nicht sehr bald gelingen sollte, die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse einer Stetigkeit und dauernden Gesundung entgegenzuführen. Aufträge sind zwar zu erlangen, doch mangelt es an Material, und ferner sind die der Industrie zugedachten Lasten derart hoch, daß, wenn überhaupt, so doch jedenfalls nur ganz geringe Erträgnisse erwartet werden können.

Deutsches Hufnägel-Syndikat. Das Syndikat hat mit Wirkung vom 1. September die Preise um 58 v. H. auf 250 bis 268 v. H., je nach Abschlußmenge, erhöht.

Niederländer Eisenstein-Verein. Der Niederländer Eisenstein-Verein hat beschlossen, trotz der weiteren Verteuerung der Selbstkosten zunächst von einer Preiserhöhung abzusehen. Es kam aber in der Mitgliederversammlung die Auffassung zum Ausdruck, daß sich eine bedeutende Heraufsetzung der Verkaufspreise ab 1. Oktober nicht vermeiden lasse.

Wilhelmshütte A.-G., Saalfeld a. Saale. In der ordentlichen Generalversammlung am 20. September soll auch über Erhöhung des Grundkapitals Beschluß gefaßt werden. Das gegenwärtige Kapital beträgt 400 000 Mark. Die letzte Kapitalserhöhung um 50 000 Mark erfolgte laut Beschluß vom 21. Sept. 1908. Die Dividenden der letzten 5 Jahre betrugen 0, 0, 4½, 10 und 12½ Prozent.

Zur Frage der neuen Erzlager und Kohlenfelder. Zu den bisherigen Meldungen über die angebliche Entdeckung reicher Erzlager im Hunsrück erfährt die „Voss. Ztg." von der Direktion der Geologischen Landesanstalt folgendes: Das Vorhandensein von Erzvorkommen im Hunsrück gehört zu den Tatsachen, die, ebenso wie die Existenz von Erzlagerungen in verschiedenen anderen Gebieten Deutschlands, schon seit langen Jahren bekannt sind. Die Erzlagerungen im Hunsrück sind minderwertigen Gehalts: sie sind durch Verwitterungen entstanden und zumeist völlig an der Erdoberfläche gelagert. Bei dem Bestreben der deutschen Hüttenwerke, für die verlorenen Lothringer Erzlager Ersatz im übrigen Deutschland zu finden, läßt es sich vielleicht erklären, daß vielfach an die Exploitierung solcher Erzvorkommen gedacht wird, deren Erze sowohl in Qualität als auch in Quantität nur bei ganz außergewöhnlichen Konjunkturverhältnissen konkurrenzfähig werden könnten. Aber selbst unter Berücksichtigung dieses Umstandes sind die Hunsrücker Erzlager so unbedeutend, daß ein Abbau überhaupt nicht in Frage kommt. Eine weiter vorliegende Meldung weiß von der Erschließung neuer Kohlenfelder bei Halle und bei Melle in Westfalen zu berichten, wobei neben abbauwürdigen Kohlenflözen auch Gips- und Eisensteinvorkommen festgestellt worden sein sollen. Hierzu wird von der Geologischen Landesanstalt mitgeteilt, daß auch diese „neuen" Erzfunde altbekannte Tatsachen sind. Es handelt sich hier scheinbar um Spekulationsgerüchte, welche vollständig unbedeutende und nicht abbauwürdige Erzvorkommen ausnutzen wollen. Die gleichzeitige Mitteilung von einer beabsichtigten Wiederinbetriebnahme der im Teutoburger Walde gelegenen Kohlenzeche „Friedrich Wilhelms-Glück" scheint dagegen nicht so unwahrscheinlich, obwohl es sich nur um eine Kohlenzeche kleinsten Umfanges handelt.

Niederrheinische Oelwerke A.-G., Esch. Nach dem Bericht über das Geschäftsjahr 1918 erforderten Betriebsunkosten 270 101 Mk. (im Jahre zuvor 208 521 Mk.), Handlungsunkosten 83 264 Mk. (47 503 Mk.) und Abschreibungen 153 255 (112 598) Mk. Nach Zuweisung von 2000 Mark zur ordentlichen Rücklage bleibt ein Gewinn von 20 497 Mark, der auf neue Rechnung vorgetragen werden soll. Dividende auf das Aktienkapital von 750 000 Mk. wird somit wieder nicht verteilt (wie für jedes der sieben Vorjahre). Der Betrieb hat sowohl in der Oelfabrik als auch in der Raffinerie vollständig geruht. Die für die Stillegung gezahlte Entschädigung würde die laufenden Unkosten nicht gedeckt haben, wenn nicht neuaufgenommene Nebenbetriebe weitere Verdienstmöglichkeiten gebracht hätten. Die Rohstoffrage ist heute noch derart unklar, daß sich für das laufende Geschäftsjahr nichts voraussagen läßt. Zum Jahresschlusse werden als neue Anlage eine Darre mit 57 885 Mk. und 380 679 Mk. (ein Jahr zuvor nur 31 621 Mk.) Forderungen in laufender Rechnung, andererseits 585 905 (352 374) Mk. Buchschulden ausgewiesen.

Dresdner Preßhefen- und Kornspiritusfabrik (sonst J. L. Bramsch). Der Aufsichtsrat schlägt für 1918/19 wieder 18 Proz. Dividende vor.

Hamburg statt Triest. Unter dem Titel „Eher für die Deutschen als für Italien" berichtet der „Popolo d'Italia", daß Griechenland und Böhmen in diesen Tagen die Bedingungen für den Warenaustausch festgesetzt haben, daß sie aber beschlossen hätten, sich des Hafens von Hamburg zu bedienen, statt die Güter über den Hafen von Triest zu leiten.

Erhöhung des Schlepplohntarifs auf der Saale. Die anhaltische Regierung hat den Vereinigten Elbschiffahrtsgesellschaften Akt.-Ges. in Dresden mit der Wirkung vom 7. Juli bis 1. Oktober gestattet, den Schlepplohntarif für die anhaltische Saale von 1884 um 150 v. H. zu erhöhen und außerdem 10 v. H. der erhöhten Tarifsumme als Ausgleich für die Kohlensteuer zu erheben.

Berliner Börse

vom 2. September 1919.
(Telegramm.)

Eisenbahn-Aktien:	
Halberst.-Blankenb.	80,50
Halle-Hettstedter	—
Schantungbahn	131,50
Allg. Lokal-Str.	127,00
Gr. Berl. Str.	120,75
Magdeburger Str.-B.	—
Prinz-Heinrich-B.	318,50
Orientbahn	298,00
Schiffahrts-Aktien:	
Hambg. Paketfahrt	101,64
Hambg. Südamerika	171,75
Hansa-Dampfschiff.	224,00
Nordd. Lloyd	104,00
Bank-Aktien:	
Bank f. Thür.	—
Berl. Handelsges.	180,12
Commerz-Diskonto-bank	120,50
Darmstädter Bank	108,25
Dessauische Landes-bank	—
Deutsche Bank	194,50
Diskonto-Comm.	152,50
Dresdner Bank	126,00
Leipzig Credit-Anst.	129,00
Mitteld. Kreditbank	110,50
Mitteld. Privatbank	—
Nationalbank	—
Oesterr. Kredit	107,84
Reichsbank	148,75
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	246,00
Akt. f. Anilin	237,00
Allgem. Elektr. Ges.	166,75
Ammendorfer Papierfbk.	—
Anhalter Kohlenw.	164,00
Annaberger Steingut	198,25
Badische Anilin	330,00
Bergmann Elekt. Akt.	131,00
Berl. Masch.-Bau	189,00
Bismarckhütte	208,00
Bochumer Gußstahl	172,00
Chem. Fabr. Buckau	—
Chem. Griesheim	192,00
Chem. Heyden	210,75
Consolidation Schalk	200,00
Kröllwitzer Papierfbk.	192,00
Daimler Motoren	200,00
Deutsche Luxemburg	147,84
Deutsche Uebersee Elektr.	249,75
Deutsche Erdöl	290,00
Deutsche Gasglühl.	360,00
Deutsche Kali	179,75
Deutsche Waffen u. Mun.	196,50
Donnersmarckhütte	194,00

Döring & Lehrmann	117,50
Dürkoppwerke	282,50
Elberfelder Farber.	250,00
Felten & Guilleaume	167,00
Gasmotoren Deutz	141,50
Gebhard & Co	—
Gebhard & König	118,00
Gelsenkirchen Berg	172,75
Glauziger-Zuckerfbk.	262,50
Hallesche Maschfbk.	309,50
Hann. Masch.	301,75
Harpener Berg	161,25
Hasper Eisen	146,00
Hirsch Kupfer	218,00
Höchster Farbw.	289,50
Hoesch Eisen u. Stahl	190,00
Hohenlohe-Werke	103,50
Humboldt Masch.	128,25
Ilse Bergbau	299,75
Kahla Porzellan	315,00
Kaliw. Aschersleben	164,75
Körbisd. Zucker-Akt.	—
Kyffhäuserhütte	130,00
Lahmeyer & Co.	112,25
Lauchhammer	156,00
Laurahütte	151,25
Linke & Hofmann	264,84
Ludwig Loewe & Co.	205,00
Lothringer Hütte	150,00
Mannesmannröhren	169,00
Oberschl. Eisenb.-Bd.	127,00
do. Caro Hag.	143,50
do. Kokswerke	191,50
Orenstein & Koppel	169,50
Phönix Berg	178,25
Rhein. Metall-Vorz.	167,00
Rhein. Stahlwaren	134,50
Riebeck. Montan	179,00
Rombacher Hütten	150,00
Rositzer Braunk.	113,75
Rositzer Zucker	156,00
Sangerhäuser Masch.	261,00
Hugo Schneider A.-G.	175,00
Schuckert & Co.	116,00
Siemens & Halske	124,00
Stettiner Vulkan	150,50
Stollberger Zink	127,00
Strals. Spielkarten	240,00
Thale-Eisenhütte	232,00
Tripitis Porzellan	183,50
Türk. Tabakregie	529,50
Ver. Köln-Rottweiler	181,00
Ver. Glanzstoff	540,00
Wegelin & Hübner	140,50
Werschen-Weißenfelser Braunk.	—
Westeregeln Alkali	222,36
Wittener Gußstahl	192,00
Wrede Mälzerei	131,00
Zechau-Kriebitsch Braunk.	—
Zeitzer Masch.	388,00
Zellstoff Waldhof	164,00
Otavi-Minen.	171,00

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die landespolizeiliche Abnahme einer Verlängerungs-Anlage des Anschlußgleises der Caramel- und Farbmalzfabrik, G. m. b. H., Halle a. S. findet am **Donnerstag, den 4. September 1919, vormittags 10½ Uhr,** an Ort und Stelle statt. Die Beteiligung an diesem Termin ist jedem Interessenten gestattet.

Halle, den 1. September 1919. **Die Polizeiverwaltung.**

Bekanntmachung.

Durch die Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministeriums vom 26. August 1919 R. G. B. S. 1477 sind außer Kraft getreten die Bestimmungen der §§ 9 und 11—13 der Verordnung vom 10. Juni (23. Dezember 1916) wonach Web-, Wirk- und Strickwaren und die aus ihnen gefertigten Erzeugnisse, ferner Schuhwaren nur gegen Bezugsscheine zu Eigentum oder zur Benutzung überlassen werden durften. Die genannten Waren dürfen daher künftig ohne Bezugschein verkauft werden. Bezugsscheine werden nicht mehr ausgestellt.

Halle, den 1. September 1919. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Behufs Pflasterung wird die Huttenstraße zwischen Röpziger Straße und Böllberger Weg vom 1. September 1919 ab bis auf Weiteres für den Fahr- und Reitverkehr gesperrt.

Halle, den 30. August 1919. **Die Polizeiverwaltung.**

Bekanntmachung.

Die Räude bei einem Pferde des Herrn Koppius, hier, Julius-Kühn-Straße 10, ist erloschen.

Die angeordneten Sperrmaßnahmen sind aufgehoben worden.

Halle, den 1. September 1919. **Die Polizeiverwaltung.**

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Sport und Briefkasten: Heinrich Nieschner; Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Otto Bieler.
Druck und Verlag von Otto Hendel.